

Roger Engelmann, Jens Gieseke

Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus

Mikrohistorische Studien zur Gesellschaftsgeschichte der Staatssicherheit
Projektskizze

1. Problemlage

Die Forschung über das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hat in den vergangenen zehn Jahren gute Fortschritte gemacht. Auf wesentlichen Feldern liegen detaillierte Ergebnisse vor. Hierzu zählen die Organisationsstruktur und die Arbeitsprinzipien des Ministeriums, die politische Anbindung an die Staatspartei SED, die Aufdeckung von verdeckten unmittelbar kriminellen Handlungen (Anschläge, Entführungen etc.), die geheimdienstliche Durchdringung von relativ autonomen Bereichen wie Kirchen und Kulturszene sowie die Praxis der politischen Justiz. Auf anderen Feldern sind die Arbeiten begonnen, erste Befunde liegen vor. Dies gilt unter anderem für das weite Spektrum von Widerstand und Opposition sowie die geheimdienstlichen West- und Auslandsoperationen.

Im Zuge der Forschungen hat sich nach und nach ein weiteres Problemfeld herauskristallisiert, das von zentraler Bedeutung für das Verständnis der DDR-Geschichte ist: die Rolle des Ministerium für Staatssicherheit im Verhältnis des SED-Herrschaftsapparats zur allgemeinen Bevölkerung, also jener Mehrheit der DDR-Bürger, die sich nicht ohne weiteres eindeutig den Systemträgern oder der Opposition zuordnen lassen.

Der erste Leiter der Abteilung Bildung und Forschung, Klaus-Dietmar Henke, hat 1993 die totalitarismustheoretisch inspirierte Hypothese entwickelt, die Staatssicherheit sei seit den siebziger Jahren »flächendeckend und manipulativ einsetzbar« gewesen und habe »staatliche Steuerungsfunktionen in Schlüsselbereichen« partiell substituiert. Die »umfassende verdeckte Steuerungs- und Manipulationsfunktion« habe in historisch neuartiger Weise nicht nur alle wichtigen Bereiche von Staat und Gesellschaft umfasst, sondern auch Primärgruppen und persönliche Beziehungen.¹

Die bislang vorliegende Forschung hat weder eine klare Bestätigung noch eine eindeutige Falsifizierung dieser Hypothese erbracht.² Als unstrittig darf mittlerweile gelten, dass eine lückenlose Überwachung der Gesellschaft selbst in den achtziger Jahren nicht realisiert werden konnte und die manipulativen Potentiale nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen wirklich ausgeprägt waren.³ In bestimmten Bereichen ist jedoch eine sehr hohe Überwachungs-dichte⁴ und die Übernahme von steuernden und kompensierenden Funktionen erkennbar, welche nur in einem sehr weiten Sinn mit dem sicherheitspolitischen Auftrag des MfS im Zusammenhang stehen.⁵ Hinreichend verallgemeinerbare Erkenntnisse zu den Dimensionen und

¹ So Klaus-Dietmar Henke: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41(1993)4, S. 575–587, hier 585 f.

² Vgl. als Überblick: Jens Gieseke: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990. München 2001, S. 132–159.

³ Ein besonders deutlicher entsprechender Befund liegt für das Gesundheitswesen vor. Vgl. Sonja Süß: Politisch missbraucht? Psychiatrie in der DDR. Berlin 1998, vor allem S. 121–342.

⁴ Das gilt sowohl für sehr herrschaftsnahen Bereichen wie die anderen »bewaffneten Organe« VP und NVA (vgl. Gieseke: Mielke-Konzern [2001] [Anm. 2], S. 137–139) als auch für ausgesprochen herrschaftsferne Bereiche wie der Kirche oder Literaturszene, bei denen sich die starke geheimdienstliche Infiltration aus der mangelnden Erfassung durch das politische Transmissionssystem erklärt. Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz. Berlin 1996; Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Schriftsteller in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1996; Klaus Michael, Peter Böthig (Hg.): Machtspiele. Literatur und Staatssicherheit im Fokus Prenzlauer Berg, Leipzig 1993.

⁵ Paradebeispiel dürfte das Feld der Zurückdrängung der Ausreiseartragsteller sein, bei der das MfS dazu überging, auf die Verhältnisse Einfluss zu nehmen, die die Ausreisewilligkeit begünstigten. Dieses

Grenzen geheimdienstlicher Durchdringung und Einflussnahme in der DDR-Gesellschaft und zur Bedeutung dieser Faktoren im Kontext anderer Herrschaftsstrukturen stehen freilich noch aus.

Zu den Problemfeldern einer präziseren Analyse zählen:

- das Verhältnis von SED und Staatssicherheit in der Peripherie des Herrschaftssystems;
- die Stellung und Funktion des MfS im Zusammenspiel mit anderen Instanzen des Herrschaftssystems (Polizei, Wirtschaftsbürokratie, Betriebsleitungen, Schulen und Hochschulen, Blockparteien und gesellschaftliche Organisationen, Armee und Wehrverwaltung u. a.);
- die Rolle des MfS im Prozess der Herrschaftsdurchsetzung all dieser Instanzen gegenüber dem DDR-Bürger sowie dessen Wirkung auf das Bewusstsein und die Interaktion von Individuen sowie gesellschaftlicher Gruppen und Milieus im Wandel der Zeit.

Ein solcher Problemaufriss ergibt sich nicht nur aus dem heutigen Stand der Stasi-Forschung, sondern auch aus der Entwicklung der allgemeinen historischen DDR-Forschung. Hier hat sich mittlerweile eine differenzierte, methodisch elaborierte Debatte darüber entsponnen, mit welchen Kategorien sich die DDR-Gesellschaft jenseits der Annahme einer gleichsam totalen Atomisierung beschreiben lässt. Eine vor allem kultursoziologisch inspirierte Strömung geht davon aus, es habe ein »wirkliches« Leben der DDR-Bürger gegeben, das sich losgelöst von der (unstrittigen) diktatorischen Herrschaftsverfassung habe entwickeln können (Engler, Mühlberg u. a.)⁶. Dem gegenüber stellt die neuere Forschung zur DDR als »moderner Diktatur« den inneren Zusammenhang von diktatorischem Druck und scheinbar herrschaftsfremem Alltag in den »Kinderzimmergesellschaften« (Lindenberger) und »Nischen« heraus.⁷ Neuere theoretische Ansätze zur Untersuchung von "Herrschaft als sozialer Praxis"⁸ aus anderen Epochen werden in die DDR-Forschung implementiert.⁹

Auf diesem Feld konkurrieren derzeit verschiedene Deutungsangebote, die der empirischen Prüfung bedürfen. Stefan Wolle etwa hat gegen die Engler'sche Sicht des DDR-Alltags als eines relativ autonomen Freiraums eingewandt, dass »die Flucht vieler Bürger in den scheinbar privaten Raum als immanenten Teil der Diktatur« zu deuten sei. In der DDR sei »eine trügerische Pseudoidylle« entstanden, die »durch ein dichtes Netz von Sozialkontrolle und politischer Überwachung künstlich aufrechterhalten wurde«.¹⁰

Eine zweite Strömung betont die »Grenzen der Diktatur« (Bessel/Jessen), vor allem mit Blick auf soziokulturelle Milieus und mentale Resistenzen, die die totalitären Ansprüche der SED-Ideologie abzuwehren versuchten.¹¹ Die Forschung hat sich hier bisher auf bürgerliche Professionen wie Ärzte, Pfarrer oder Naturwissenschaftler mit einem Schwerpunkt auf der Ära Ulbricht konzentriert.¹²

Thema ist bisher allerdings nur rudimentär erforscht. Vgl. insbesondere Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe – Bekämpfung von Flucht und Ausreise (MfS-Handbuch II/17), Berlin (BStU) 1995. Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit zur Steuerung der Ausreisebewegung. In: Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit. Berlin (BStU) 1997, S. 6–18.

⁶ Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin 1999; Dietrich Mühlberg: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 62–94.

⁷ Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR. Köln u. a. 1999, S. 13–44, hier 33.

⁸ Grundlegend hierzu Alf Lüdtke: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis. In: Ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien. Göttingen 1991, S. 9–63.

⁹ Explizit bei Lindenberger: Diktatur der Grenzen (1999) (Anm. 7), S. 21–23.

¹⁰ Stefan Wolle: Alltag. In: Hans-Joachim Veen (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin 2000, S. 42.

¹¹ Richard Bessel, Ralph Jessen (Hg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen 1996.

¹² Vgl. Christoph Kleßmann: Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR. In: Kaelble u. a. (Hg.): Sozialgeschichte der DDR (1994) (Anm. 6).

Ein dritter Ansatz geht nicht von unterscheidbaren Sphären diesseits und jenseits besagter Grenzen aus. Er plädiert mit Blick auf den ubiquitären Charakter der SED-Diktatur (zumal der späteren Jahre) zwar für eine Unterscheidung von herrschaftsnahen und herrschaftsfernen Sphären, sieht jedoch auch die Verhaltensweisen im herrschaftsfernen Bereich als von den Herrschaftsbedingungen intensiv geprägt, allerdings auf andere Weise als im systemnahen Milieu.¹³

Schließlich ist hier auf die evolutionstheoretische Annahme einer Fortentwicklung des klassischen Totalitarismus zu verweisen, die den Honecker-Sozialismus als Zusammenspiel von »harten« und »weichen Systemstabilisatoren« (Boyer/Skyba) beschreibt, um die Gleichzeitigkeit von fürsorgediktatorischer Konsum- und Sozialpolitik mit dem Ausbau des Repressionsapparates zu deuten.¹⁴

Während das Ministerium für Staatssicherheit mittlerweile in klassischen politikgeschichtlichen Analysen sowie im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Opposition und Widerstand seinen festen Platz in der Historiografie hat, spielt es in der Empirie alltagshistorischer Studien bislang eine untergeordnete Rolle. Paradoxaerweise gilt die »Firma« in der Wahrnehmung einschlägiger Studien häufig als allgegenwärtig, wird jedoch zugleich als analytisch irrelevant behandelt. (Hinzu kommen die problematischen Nutzungsbedingungen der MfS-Akten bei solchen Analysen.) Wo allerdings erste Sondierungen vorgenommen wurden, erweist sich die Ebene der MfS-Präsenz durchweg als bedeutsam. Dies zeigen z.B. die Studien von Diedrich/Wenzke über die Überwachung von KVP und NVA¹⁵, von Buthmann, Barkleit und Ciesla zur rüstungsrelevanten Hochtechnologie¹⁶ sowie von Wagner-Kyora, Schüle und Reichel zum Betriebsalltag in verschiedenen Kombinat und Betrieben¹⁷. In Einzelfällen ist hier zudem eine innovative Nutzung der IM-Berichts-Überlieferung als historischer Quelle zu beobachten, die einen wichtigen Kontrast zu synthetisierenden und häufig erheblich ideologisierten Lage- und Stimmungsberichten des Staats- und Parteiapparates darstellen.¹⁸ Hier bilden sich Realitätsebenen bis hinunter zu Individuen und sozialen Primärbeziehungen ab, die in herkömmlichen staatlichen Überlieferung nur selten eine Rolle spielen und über Oral History nur mit den immanenten Schranken dieser Methode zu erfassen sind.

¹³ Vgl. Lindenberger: Diktatur der Grenzen (1999) (Anm. 7).

¹⁴ Christoph Boyer: Die Sozial und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive. In: Ders., Peter Skyba (Hg.): Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung der Parteiherrschaft in der DDR und der CSSR. Dresden 1999, S. 37–48; Peter Skyba: Die Sozialpolitik in der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive. In: Ebenda, S. 49–62.

¹⁵ orsten Diedrich, Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952–1956. Berlin 2001, insbes. S. 497–522. Siehe auch: Hans Ehlert, Matthias Rogg (Hg.): Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. Berlin 2004.

¹⁶ Reinhard Buthmann: Kadrsicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß. Berlin 1997; Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme. Dresden (HAIT) 2000; Burghard Ciesla: Die Transferfalle: Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren. In: Dieter Hoffmann, Kristie Macrakis (Hg.): Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Berlin 1997, S. 193–211.

¹⁷ Georg Wagner-Kyora: Arbeiter ohne Milieu und Angestellte im Abseits? Fragen an eine Sozialgeschichte der DDR-Chemieindustrie. In: Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow, Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990. Bonn: 1998, S. 197–213; Annegret Schüle: »Die Spinne«. Die Erfahrungsgeschichte weiblicher Industriearbeit im VEB Leipziger Baumwollspinnerei. Leipzig 2001; Thomas Reichel: Die »durchherrschte Arbeitsgesellschaft«. Zu den Herrschaftsstrukturen und Machtverhältnissen in DDR-Betrieben. In: Renate Hürtgen, Thomas Reichel (Hg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker. Berlin 2001, S. 85–110.

¹⁸ Georg Wagner-Kyora: Loyalität auf Zeit – zur Identität der Management-Elite der DDR-Chemieindustrie in den fünfziger Jahren. In: Peter Hübner (Hg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u. a. 1999, S. 299–308; Ders.: Karbidarbeiter in der Bargaining Community: Klassenlage und Identität. In: Hürtgen, Reichel (Hg.): Der Schein der Stabilität (2001) (Anm. 18).

Gemessen am Fortgang der DDR-Forschung insgesamt erscheint der skizzierte Zugriff aus einem weiteren Grund dringend angezeigt. Während die Periode der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Herrschaftsdurchsetzung von 1945 bis 1961 in wesentlichen Teilen als erforscht betrachtet werden kann und kaum noch neue Projekte beginnen, setzt die breite Forschung zu den relativ stabilen, ruhigen Jahrzehnten der DDR (von 1961 bis 1981) gerade erst im größeren Stil ein. Dabei ist unter anderem das umfangreiche, mit hohem Personaleinsatz verfolgte Projekt einer Geschichte der Sozialpolitik in Nachkriegsdeutschland zu beachten, das allein mit ca. 7 Bänden die DDR darstellt (Finanzierung durch Bundesmittel, insgesamt 21 Bände). Obwohl bei den damit befassten Wissenschaftlern ein kritischer Blick auf die »Leistungen« der Honeckerschen Wohlfahrtspolitik vorherrscht, besteht das Risiko einer erheblichen Schiefelage in der Aufmerksamkeit der öffentlichen Debatte. Als Rückwirkung von heutigen Schwierigkeiten wie Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der materiellen Existenz ist dabei, wenigstens in der Generation der heute um die 40- bis 50-Jährigen, eine Neigung zum beschönigenden Rückblick auf die eigenen Jugendjahre zu beobachten. Nicht zuletzt solchen Stimmungen verdankt die genannte kultursoziologische Strömung ihre Popularität. Bisherige Zugriffe der Stasi-Forschung haben diese Neigung durch eine Konzentration auf die relativ kleine Zahl von Oppositionellen eher verstärkt; denn sie wirkte implizit als Vorwurf fehlender Auflehnung gegen die angepassten DDR-Bürger. Eine differenzierte Analyse der MfS-Wirkungsmöglichkeiten und ihrer Grenzen könnte solche Reflexe schrittweise auflösen, ohne zum kollektiven Beschweigen der eigenen Partizipation im SED-Herrschaftssystem einzuladen.

2. *Regionalgeschichte und mikrohistorischen Methodik*

Die skizzierte Annäherung an das Verhältnis von MfS und Gesellschaft kann makro- und mikrohistorisch angelegt sein. Von Bedeutung ist die Rolle des MfS als Öffentlichkeitsersatz und Rezeptionsinstrument von Bevölkerungsstimmungen für die politische Führung des Landes. Diesem Ansatz geht die geplante Edition und Erforschung von Lage- und Stimmungsberichten der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) an das Politbüro und andere Entscheidungsträger nach (siehe gesonderte Projektskizze). Die komplexe Analyse der skizzierten Problemlagen des gesellschaftlichen Alltags ist jedoch auf der Ebene der gesamten DDR arbeitsökonomisch nicht zu bearbeiten. Um nicht nur einzelne Segmente wie Armee, Wirtschaft etc. isoliert zu behandeln, ist eine lokale bzw. regionale Analyse zweckmäßig. Auf der räumlich überschaubaren Ebene eines einzelnen Stadt- oder Landkreises ist es möglich, die verschiedenen Elemente und Ebenen der gesellschaftlichen Realität detailliert zu untersuchen und in den sozialen Gesamtzusammenhang einzuordnen, um dann in einem weiteren Schritt zu haltbaren Verallgemeinerungen zu kommen.

Der regionalhistorische Zugriff zur kritischen Analyse der gesellschaftlichen Grundlagen und Praxen einer Diktatur hat sich vor allem in der NS-Forschung bewährt. Insbesondere das große Projekt »Bayern in der NS-Zeit« des Instituts für Zeitgeschichte München hat hier Wege vorgezeichnet, aber auch viele weitere Lokaluntersuchungen zu unterschiedlichsten Aspekten der Geschichte des Dritten Reiches und darüber hinaus haben die Fruchtbarkeit des Ansatzes erwiesen. Eine solche moderne, anspruchsvolle regionalgeschichtliche Forschung hat wenig mit der klassischen Landesgeschichtsschreibung und noch weniger mit der herkömmlichen Heimatgeschichtsschreibung zu tun. Während diese auf die Herausarbeitung des landsmannschaftlich oder regional Besonderen zielen, ist der Erkenntnishorizont der regionalgeschichtlichen Forschung, wie sie sich in den siebziger und achtziger Jahre herausgebildet hat, gerade auf allgemeine Erkenntnisse und nicht primär auf regionalspezifische Befunde ausgerichtet. Der italienische Mikrohistoriker Giovanni Levi betont, es gehe nicht darum, »kleine Dinge«

anzuschauen, sondern »im Kleinen« zu schauen.¹⁹ Hans Woller, der in der Nachfolge des Bayern-Projekts des IfZ mit einer gelungenen Arbeit zur Region Ansbach/Fürth in der Besatzungszeit hervorgetreten ist, betont in seinem Buch, die Erforschung spezifischer Details diene dazu, das »Allgemeine im Besonderen« sichtbar zu machen; er spricht von »Paradigmen exemplarischer Geschichtserzählung«.²⁰ Die »Geschichte im Kleinen« fungiert demnach als Schlüssel für ein genaueres und besseres Verständnis der Gesamtgeschichte.

Es soll und kann hier nicht der einschlägige Diskussionsprozess rekapituliert werden, der in den achtziger Jahren insbesondere zwischen der makrosozialgeschichtlich orientierten Bielefelder Schule und den Vertretern der Alltagsgeschichte ausgefochten wurde. Es geht im Folgenden lediglich darum, einige spezifische Defizite der Makroperspektive zu benennen und die Möglichkeiten des regionalgeschichtlichen bzw. mikrohistorischen Ansatzes zu skizzieren:

Makroperspektivische Forschungen privilegieren, sofern sie primär politikgeschichtlichen Fragestellungen folgen, die Entscheidungsfindung in zentralen Gremien sowie an der Spitze von Institutionen und Verbänden. Sie neigen tendenziell dazu, die historische Bedeutung einzelner Protagonisten, offizieller politischer Programmatik, herrschender Ideologien, der veröffentlichten Meinung und normativer Festlegungen zu überschätzen. Die Gesellschaft an ihrer Basis und der so genannte »Normalbürger«, aber auch das Heer der kleinen und mittleren Funktionsträger werden als Subjekte und Objekte der Politik kaum wahrgenommen. Forschungen mit primär sozialgeschichtlicher Fragestellung privilegieren in der Fernperspektive notgedrungen abstrakte Strukturen und globale Mechanismen sowie hoch aggregierte statistische Befunde, hinter denen nicht selten die konkrete gesellschaftliche Realität verschwindet. Auf diese Weise werden Widersprüchlichkeiten eingeebnet, »harte« sozioökonomische Faktoren überbewertet und »weiche«, also etwa mentalitätsgeschichtliche Bedingungen vernachlässigt.

Regionalgeschichtliche Projekte haben dagegen die Möglichkeit, tendenziell eine Art »totale Geschichtsschreibung« zu betreiben, das heißt im vorgegebenen überschaubaren Maßstab alle wesentlichen gesellschaftlichen und politischen Bereiche zu behandeln, unterschiedliche soziale Ebenen zu beleuchten und verschiedene Perspektiven einzunehmen. Gesellschaftliche Realität wird auf diese Weise in ihrer Vielfältigkeit und Konkretheit sichtbar. Die in der Makroperspektive weitgehend zwangsläufige Trennung von Politik-, Gesellschafts-, Wirtschafts- und Mentalitätsgeschichte lässt sich tendenziell aufheben. Martin Broszat hat für eine solche als »qualitative politische Sozialgeschichte« verstandene Alltagsgeschichte in Anspruch genommen, sie zielt »auf die Interdependenz von Gesellschaft und Politik, die meist nur im Mikrobereich ausgewählter kleiner Einheiten in ihrem Zusammenhang erforschbar ist«. Damit setze sie dort ein, »wo die begriffsbildende oder quantifizierende historische Sozialwissenschaft, um zu klaren Anordnungen und Begriffen zu kommen, gerade die Isolierung einzelner Faktoren dieses Zusammenhangs vorzunehmen pflegt«.²¹

Regionalgeschichtliche Projekte sind zudem in der Lage, speziell die Geschichte moderner diktatorischer Systeme als Wirkungs- und Erfahrungsgeschichte greifbar zu machen, das heißt, »den Blick [...] auf die Auswirkungen des Regimes im alltäglichen Leben der Bevölkerung« zu richten, »auf das Verhalten der von der ‚großen Politik‘ so oder so Betroffenen, auf die ‚unten‘, in den gesellschaftlichen ‚Primärsystemen‘ agierenden und reagierenden Kräfte und Personen« (Broszat).²²

¹⁹ Zitiert nach Hans Medick: Mikro-Historie. In: Schulze, Winfried (Hg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion. Göttingen 1994, S. 40–53, S. 40.

²⁰ Hans Woller: Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth. München 1986, S. 12 (Einleitung).

²¹ Martin Broszat. In: Alltagsgeschichte der NS-Zeit. Neue Perspektiven oder Trivialisierung? München 1984.

²² Ebenda.

Eine der spannendsten Fragen im Zusammenhang mit der Erforschung moderner diktatorischer Regime ist ja gerade, wie intensiv der Gestaltungswille der Machthabenden tatsächlich bis in die Basis und Peripherie der Gesellschaft vordringt und auf welche sozialkulturelle Milieus und welche Formen der aktiven Unterstützung, Anpassung oder Resistenz er dabei trifft. Die Auslotung und konkrete Beschreibung der jeweiligen "Eindringtiefe« von Herrschaft in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen schafft erst die Grundlage für eine adäquate Beurteilung von diktatorischen Strukturen und der ihnen entgegenstehenden Resistenzkräfte. In diesem Zusammenhang wird zu prüfen sein, ob der von Broszat aus dem Bayern-Projekt heraus entwickelte Resistenzbegriff²³, auch für die Analyse der jahrzehntelangen Wandlungen unterworfenen Anpassungs- und Selbstbehauptungsstrukturen in der DDR-Gesellschaft von Nutzen ist. Für eine Alltagsgeschichte der Herrschaft liegt sein heuristischer Wert auf der Hand. Schließlich wird hier im Regelfall nicht das außergewöhnliche, herausragende Widerstandshandeln Betrachtungsgegenstand sein, sondern die partielle, vielfach mit Anpassungsmechanismen vermengte Selbstbehauptung von gewöhnlichen Individuen, sozialen Gruppen und Milieus.

Das geplante Regionalprojekt soll allerdings die alltagsgeschichtliche und mikrohistorische Perspektive nicht zum Fetisch machen, sondern die übergeordneten Gesichtspunkte, das heißt die Vorgänge auf zentraler Ebene, die »hohe Politik«, die Entwicklungen der gesellschaftlichen Makrostrukturen im Blick behalten. Dabei drängt sich ein methodenpluralistisches Vorgehen angesichts der Unterschiedlichkeit der zu erschließenden Erkenntnisebenen geradezu auf: Die methodische Bandbreite sollte dabei von der statistisch unterlegten »klassischen« Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse bis hin zu kulturanthropologischen Deutungen, von der aktengestützten nüchternen Nachzeichnung politisch-bürokratischer Vorgänge bis hin zur empathiegetränkten »Geschichtserzählung« gehen. Letztere kann naturgemäß nicht ausschließlich auf der Aktenhinterlassenschaft von Apparaten basieren, sondern muss etwa auch auf persönliche Nachlässe und Befragungen zurückgreifen. Zudem können auch Stasi-Akten zuweilen als gute Quelle für eine »dichte Beschreibung« der Interaktion in gesellschaftlichen Primärsystemen dienen.²⁴ Herrschaftsgeschichtlich von Bedeutung dürften dabei insbesondere auch die auf dieser Ebene sichtbaren Formen der Sozialdisziplinierung unterhalb der Schwelle offener staatlicher Sanktionierung sein – unabhängig davon, ob die Stasi dabei eine aktive Rolle spielte oder nicht.

Bezogen auf das Wirken von politischen Polizeien und Repressionsorganen sind zahlreiche bedeutsame Studien der vergangenen Jahre als Regional- und Lokalstudien angelegt worden, etwa die Denunziationsforschung von Gellately über Würzburg und Düsseldorf²⁵, von Mann

²³ Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. In: Ders.; Elke Fröhlich, Anton Grossmann (Hg.) Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. München 1981, S. 692–709.

²⁴ Vgl. die Feststellung von Wagner-Kyora: »Der heuristische Wert der IM-Berichte des Operativtechnologen P. besteht sowohl in ihrem primären Informationsgehalt über die Innenansicht der Karbidfabrik als auch in ihrer sekundären Relevanz für die Konstruktion von Selbst- und Fremdbildern im Betrieb. Beide Analyseebenen sind durch andere Quellenbestände nicht zu substituieren. Nur durch die IM-Berichte können qualitative Aussagen formuliert werden, die weit über die institutionen- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen hinausgehen.« Georg Wagner-Kyora: Karbidarbeiter in der Bargaining Community: Klassenlage und Identität. In: Renate Hürtgen, Thomas Reichel (Hg.): Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker. Berlin 2000, S. 191–216, hier 214.

²⁵ Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933–1945, Paderborn u. a. 1993.

ebenfalls über Düsseldorf²⁶, von Diewald-Kerkmann über Lippe²⁷ sowie die Arbeiten von Mallmann und Paul über das Saarland und Schleswig-Holstein²⁸.

Der mikrohistorische Ansatz steht zudem nicht nur in der produktiven Tradition der NS-Forschung (als methodisch weltweit führender Diktaturforschung), sondern knüpft auch an die neuere anglo-amerikanische Stalinismusforschung an, die das Verhalten von Aktivisten des frühen Sowjetsystems, aber auch die Strategien der Lebensbewältigung unter dem »Großen Terror« nicht nur aus der Perspektive der kommunistischen Führung und deren Ideologie behandelt, sondern als »Stalinismus von unten« analysiert. Hier zeichnet sich – in der Strömung des Postrevisionismus – ein erheblich komplexeres Bild des Zusammenspiels von Stalin, kommunistischer Massenpartei und verschiedenen Bevölkerungsschichten ab.²⁹

Neben diesen inhaltlich-methodischen Argumenten sprechen auch forschungsstrategische Überlegungen für ein solches Projekt in der Verantwortung der Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten.

Neben seinen Servicefunktionen hat BF faktisch die Funktion eines Vermittlers zwischen der überwiegend nicht-akademischen Stasi-Forschung und der überwiegend akademischen historischen DDR-Forschung. Die Abteilung steht zugleich vor der Aufgabe, die besondere gesetzliche Aufarbeitungspflicht und die damit verknüpften privilegierten Zugangsbedingungen zu nutzen, um sich auf der Höhe des internationalen Standes der vergleichenden Diktaturforschung neuen, wegweisenden Fragestellungen zuzuwenden. Die genauere Analyse der Bedingungen und inneren Widersprüche von Herrschaftspraxis und Alltagsleben in der DDR stellen nicht zuletzt einen Beitrag dar, mit dem sich heutige Spannungen im Prozess der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit auf einer rationaleren Basis austragen lassen. Entsprechende Projekte sind nur von einer größeren Forschungsinstitution in Angriff zu nehmen, derzeit aber – in der hier skizzierten Form – nirgends sonst in Planung. Zu den bereits bestehenden kleineren Projekten anderer Stellen wären Kooperationsbeziehungen aufzubauen und zum Beispiel in gemeinsamen Workshops und Tagungen zu nutzen.

Komponenten einer solchen Mikrostudie wären:

- Untersuchung von Ressourcen und Arbeitsschwerpunkten der MfS-Kreisdienststelle (hauptamtliches Personal, Umfang und Schwerpunkte des IM-Netzes, örtliche Spezifika des Strukturaufbaus, Statistische Informationen zu OV, OPK, Sicherheitsüberprüfungen etc., inhaltliche Schwerpunkte der operativen Tätigkeit und ihre Entwicklung, z.B. Ausreisanträge, Spionage, Opposition, Havarien in Betrieben etc., Analyse der Jahresarbeitspläne);
- Rekonstruktion des örtlichen Herrschaftssystems: SED-Kreisleitung, Rat des Kreises, Kreiseinsatzleitung, Volkspolizei, Regionale Strukturen der Massenorganisationen und Blockparteien, bedeutsame Betriebe etc.

Exemplarische Studien zu definierten Komplexen, denkbar zum Beispiel:

- Überwachungsalltag in Betrieben des Kreises, Einfluss des MfS auf ökonomische Prozesse, Loyalitäten und Resistenzen in den Belegschaften und ihren Teilgruppen;
- Problemkreis Jugend, Rolle im Bildungs- und Erziehungswesen: FDJ, Schule, NVA-Rekrutierung, Hochschulen, GST etc., Jugendklubs etc.;

²⁶ Reinhard Mann: *Protest und Kontrolle im Dritten Reich. Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt.* Frankfurt/M. u. a. 1987.

²⁷ Giesela Diewald-Kerkmann: *Politische Denunziation im NS-Regime.* Bonn 1995.

²⁸ Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul: *Das zersplitterte Nein: Saarländer gegen Hitler.* Bonn 1989; Dies.: *Herrschaft und Alltag. Ein Industrieviertel im Dritten Reich.* Bonn 1991 (Bd.1/2: *Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945.* Hg. v. Hans-Walter Herrmann); Gerhard Paul: *Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung: die Gestapo in Schleswig-Holstein.* Hamburg 1996.

²⁹ Stephen Kotkin: *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization.* Berkeley u. a. 1997; Sheila Fitzpatrick: *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s.* Oxford 1999, J. Arch Getty, Oleg V. Naumov: *The Road to Terror. Stalin and the Self-Destruction of the Bolsheviks 1932–1939.* New Haven u. a. 1999

- Bildung und Entwicklung von Resistenzpotentialen: bürgerliche Milieus, Ausreisebewegung etc.

Kern des Projekts müsste eine Langzeitstudie zu einer unter analytischen und methodischen Gesichtspunkten besonders geeigneten Region sein, die den gesamten Zeitraum 1945/49 bis 1989 abdeckt und sich dabei insbesondere auf die »mittleren Jahrzehnte« der DDR – nach dem Mauerbau und vor der unmittelbaren Finalitätskrise – konzentriert. In dieser Phase herrschte relative Stabilität, deren Grundlagen ja im Zentrum des Erkenntnisinteresses stehen. Weitere mikrohistorische Studien zu gesellschaftlichen Bereichen und thematischen Aspekten, die in der regionalen Langzeitstudie nicht ausreichend beleuchtet werden können, müssten ergänzend hinzukommen.

3. *Forschungsvorlauf, Quellenbasis, Ressourceneinsatz*

Ein mikrohistorischer Zugriff der skizzierten Art ist bisher nicht in Angriff genommen worden. Makrohistorische Vorarbeiten liegen jedoch in erheblichem Umfang vor: Genaue historisch aufgefächerte Analysen zur Entwicklung des MfS-Apparates auf dem Wege zu einer »flächendeckenden Überwachung« der DDR-Gesellschaft stecken den organisationsgeschichtlichen Rahmen ab. Die sektoralen Schwerpunkte des Überwachungsnetzes wie die bewaffneten Organe, die Rüstungswirtschaft und -forschung oder der höhere Staatsapparat (Nomenklatura) sind identifiziert. Ebenso sind schwächer durchdrungene Sphären zu erkennen: die Jugend, die Produktionsarbeiter usw.

Rahmeninformationen zur Verteilung der MfS-Ressourcen (Personal, IM) und Arbeitsschwerpunkte zwischen Ministerium, Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen liegen ebenfalls vor. Erste punktuelle Studien zu einzelnen Kreis- und Objektdienststellen gibt es, der Schwerpunkt liegt dabei auf den achtziger Jahren.³⁰ Für die allgemeine DDR-Geschichte liegen ebenfalls eine Reihe von Studien vor, die wesentliche Bezugspunkte für die Entwicklung und Umsetzung des Forschungsprogramms bieten, darunter durchaus auch mikrohistorisch angelegte oder durchgesetzte Arbeiten, etwa zu einzelnen Betrieben oder Regionen, bei denen methodische Bezugspunkte zum hier skizzierten Projekt gegeben sind.³¹

Bei der Auswahl des Kreises müssen zunächst inhaltlich-methodische Gesichtspunkte geklärt werden, das heißt primär die Eignung des Untersuchungsraumes als paradigmatischer »Mikrokosmos«. Eine entscheidende Rolle spielt aber auch die Quellenüberlieferung, welche möglichst vollständig und von qualitativ hohem Wert sein muss, um eine Realisierung der hier gesteckten Ziele aussichtsreich erscheinen zu lassen: Essentiell ist dabei vor allem eine gute Überlieferung der Akten der betreffenden MfS-Kreisdienststelle und SED-Kreisleitung sowie möglichst auch des Volkspolizeikreisamtes und des Rates des Kreises, außerdem von Block-

30 Walter Süß: Die Durchdringung der Gesellschaft mittels des MfS – Fallbeispiel : Jena im Jahre 1989. In: Eberhard Kuhrt (Hg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Opladen 1996, S. 115–137; Franz-Otto Gilles, Hans-Hermann Hertle: Überwiegend negativ. Das Ministerium für Staatssicherheit in der Volkswirtschaft dargestellt am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen in den Chemiekombinaten des Bezirks Halle. Berlin (FU) 1994; Buthmann: Kaderversicherung (Anm. 16).

31 Zu nennen sind hier das politikgeschichtlich auf die SBZ sowie die frühen fünfziger Jahre ausgerichtete Projekt des Hannah-Arendt-Instituts »Diktaturdurchsetzung in Sachsen«. Vgl. Rainer Behring, Mike Schmeitzner (Hg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft. Köln u. a. 2003. Wichtig war in dieser Hinsicht auch der mehr sozialgeschichtlich orientierte Projektzusammenhang des Zentrums für zeithistorische Forschung »Herrschaft und Eigen-Sinn«. Vgl. Lindenberger (Hg.): Herrschaft und Eigen-Sinn (1999) (Anm. 7); siehe auch: Arnd Bauerkämper: Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963. Köln u. a. 2002. Schließlich sind gerade auch methodisch anspruchsvolle Projekte, die auf einen Diktaturvergleich zwischen NS- und SED-Staat zielen, teilweise mikrohistorisch bzw. regionalgeschichtlich angelegt. Vgl. mehrere Beiträge in: Günther Heydemann, Heinrich Oberreuter (Hg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen. Bonn 2003; außerdem: Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR. Köln u. a. 2004.

parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und Betrieben. Der Zugang zu aussagekräftigen Unterlagen privater Provenienz (Sammlungen, Nachlässe) sollte ebenfalls gegeben sein.

Der Kern dieses Projekts, also die den Gesamtzeitraum 1945/49–1990 umfassende regionalgeschichtliche Studie, würde den Einsatz von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern für eine Projektdauer von bis zu fünf Jahren erfordern, wobei nach drei Jahren schon erste substanzielle Ergebnisse zu erwarten sind. An dieses Kernprojekt sollen – wie schon erwähnt – einige kleinere mikrohistorische Projekte angebunden werden. Angedacht ist eine kleinere Studie, die das Zusammenwirken von Staatssicherheit und Volkspolizei in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen vertiefend untersuchen soll. Sinnvoll erscheint auch ein Forschungsprojekt, das sich eigens mit der Entwicklung bürgerlicher Milieus, insbesondere der Selbständigen, befasst und seinen zeitlichen Schwerpunkt naturgemäß in den ersten beiden Jahrzehnten der DDR hätte. Ein mikrohistorisches Projekt zur kulturellen Dissidenz der frühen achtziger Jahre in Gera, das in Kooperation mit der Universität Jena durchgeführt werden soll, befindet sich derzeit schon im Konzeptions- bzw. Antragsstadium.

Dieser Beitrag wurde auf dem wissenschaftlichen Workshop »Zur Bedeutung von MfS-Forschung und Stasi-Akten für die Zeitgeschichtsforschung« am 26. November 2004 in Berlin vorgestellt.